



Ausgebrannt

Von Josef Scheuring, Vorsitzender der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Bezirk Bundespolizei



In den Ostertagen 2010 ist die Botschaft in den bundesdeutschen Leitmedien angekommen. Jeder vierte Bundespolizist leidet unter Burnout. Tausende Kolleginnen und Kollegen der Bundespolizei sind ausgebrannt. Burnout, das ist ein geistiger, körperlicher und seelischer Angst- und Erschöpfungszustand, der sich über Jahre hinziehen kann. Die Batterie ist leer; – es fehlt die Kraft zum Leben.

Immer dann, wenn Menschen viel leisten, aber

fortlaufend entmutigt werden, wenn einer hohen Arbeitsbelastung kein Freiraum gegenübersteht, die Arbeit individuell zu gestalten, laufen sie Gefahr, krank zu werden. – So beschreibt der Freiburger Universitätsprofessor Joachim Bauer den Weg hin zum Burnout.

Die Bundespolizei hätte nicht bis zu den Presseveröffentlichungen warten müssen, um festzustellen, dass die Menschen in der Bundespolizei von den Rahmenbedingungen ihrer Arbeit zunehmend krank werden!

Die Ergebnisse der Studie der Hochschule Magdeburg-Stendal, auf die sich auch die Presseveröffentlichungen beziehen, liegen seit langem vor. Die Ergebnisse einer weiteren wissenschaftlichen Studie, die vom damaligen Bundespolizeipräsident Ost in Auftrag gegeben wurde, müssen ebenfalls dienstlich bekannt sein.

Öffentlich bekannt gemacht wurden die Ergebnisse dieser angesprochenen Studie jedoch nicht. – Warum eigentlich nicht?

Die Ergebnisse der Hochschule Magdeburg-Stendal bestätigen genau das, was die arbeitenden Menschen in der Bundespolizei seit Jahren spüren und zunehmend auch persönlich seelisch und

körperlich erleiden. Niemand, der Verantwortung für die 40 000 Kolleginnen und Kollegen der Bundespolizei trägt, braucht sich über diese Ergebnisse zu wundern:

Auf wen und auf was konnten sich die Kolleginnen und Kollegen der Bundespolizei in den letzten Jahren überhaupt beziehen? – Was ist in der Bundespolizei und was ist für die Bundespolizei wichtig? – Wo bleibt die Anerkennung für die geleistete Arbeit und wo bleibt der offene und engagierte Umgang mit den Problemen, welche die tägliche Arbeit belasten?

Wer sich keine Zeit genommen und auch kein Gespür dafür hat, wie sich die Situation der Menschen in der Bundespolizei in den letzten Jahren negativ veränderte, der hätte auch die Artikel der Gewerkschaft der Polizei in unserem Bezirksjournal und auf unserer Homepage lesen können. Allein den Artikel „BMI und Präsidium müssen sich mit den Problemen der Bundespolizei beschäftigen“ – eingetragen auf unserer Website am 10. Oktober 2009 – haben 110 Kolleginnen und Kollegen mit teilweise ganz eindrucksvollen Beiträgen kommentiert. Viele andere Einträge und Kommentierungen könnten ergänzend angeführt werden.

Ja, wir formulieren zunehmend schärfer und auch unsere kommentierenden Kolleginnen und Kollegen melden sich energischer zu Wort. Wir tun das nicht gemeinsam, weil wir

besonders gerne laut schreien, sondern weil wir unter keinen Umständen zulassen können, dass man uns nicht zuhört und, dass man Probleme, die Menschen zerstören, nicht zur Kenntnis nimmt.

Die Reaktionen waren bisher andere: Mehrere Spitzenführungskräfte des Bundespolizeipräsidentiums Potsdam sind in den letzten Monaten aus der Gewerkschaft der Polizei ausgetreten. Andere sind uns als Mitglieder erhaltengeblieben; – Respekt dafür. Diejenigen, die ausgetreten sind, konnten uns offensichtlich nicht mehr zuhören!

Bei uns können sie austreten, aus ihrer Verantwortung für die 40 000 Menschen in der Bundespolizei werden wir sie nicht ständig austreten lassen. – Niemand sollte weiter glauben, dass die inneren Probleme der Bundespolizei weiter ausgesessen werden könnten.

Schon deshalb nicht, weil bereits jetzt massiver Schaden eingetreten ist. Vertrauen und Glaubwürdigkeit sind verlorengegangen. Tausende Kolleginnen und Kollegen haben Schaden an ihrer Gesundheit genommen und viele andere sind gefährdet, auch Schaden an ihrer Gesundheit, an Leib und Leben zu nehmen.

Grundlegende Probleme ständig zu verdrängen und zu leugnen, das hat in anderer Weise auch die katholische Kirche nicht ausgehalten, wie die aktuellen Diskussionen zeigen.

Menschenzerstörende Probleme werden auch die verantwortliche Bundesregierung, der verantwortliche Bundesinnenminister Dr. Thomas de Maizière sowie die Verantwortlichen im Bundesinnenministerium und im Bundespolizeipräsidentium Potsdam nicht ständig aushalten und aussitzen können.

Es ist gerade jetzt unsere Pflicht und unsere Aufgabe, die Verantwortung für unsere Kolleginnen und Kollegen einzufordern.





Zukunft menschlich gestalten

Während des Zeitraums vom 27. bis zum 29. April 2010 fand der 4. Ordentliche Delegiertentag der Bezirks Bundespolizei der Gewerkschaft der Polizei in Bamberg statt. Aufgrund der Terminsetzung zum Redaktionsschluss kann in dieser Ausgabe des Bezirksjournals Bundespolizei noch nicht zu den Ergebnissen etc. berichtet werden. Wir weisen deshalb auf die Berichterstattungen auf unserer Homepage.



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe: **Bezirk Bundespolizei**

Geschäftsstelle:

Forststraße 3a,
40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-0
Telefax (02 11) 71 04-5 55

Redaktion:

Dr. Hartmut Kühn (V.i.S.d.P.)
Forststraße 3a,
40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-0
Telefax (02 11) 71 04-5 55
Internet: www.gdp-bundespolizei.de
E-Mail: info@gdp-bundespolizei.de
Martin Schmitt
Mobil (01 72) 8 99 05 23
E-Mail: schmitt-karlstein@freenet.de

Die Redaktion behält sich vor, LeserInnenbriefe gekürzt zu veröffentlichen. Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernehmen wir keine Gewähr. Namentlich gekennzeichnete Artikel stellen nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion dar. Nachdruck und Verwertung, ganz oder teilweise – auch in elektronischen Medien – nur mit ausdrücklicher Genehmigung der Redaktion.

Dies gilt auch für die Aufnahme in elektronische Datenbanken und Mailboxes sowie für Vervielfältigungen auf CD-ROM.

Verlag und Anzeigenverwaltung:

VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 32 vom 1. April 2009

Herstellung:

L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42–50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0949-2836

Qualifizierung

„Qualifizierung? – Was ist das?“, „Brauchst du das?“, „Ist das notwendig für deinen Arbeitsplatz?“, „Das ist für dich nicht vorgesehen!“ und so weiter und so fort ... Das sind die Schlagwörter, die viele unserer Vorgesetzten immer wieder in den Mittelpunkt ihrer Ablehnung einer Qualifizierungsmaßnahme für uns Tarifbeschäftigte stellen. Dabei erwarten wir doch nichts Unmögliches. Wir fordern nur unser tariflich garantiertes Recht ein.

Im § 5 TVöD – AT nimmt die Qualifizierung mit acht Absätzen leider keinen breiten Raum ein!

Wohl wissend, dass nur noch ein knappes Viertel aller bundesdeutschen Unternehmen sich überhaupt noch in der Aus- und Fortbildung von jungen Menschen engagiert, muss es doch gerade im öffentlichen Dienst möglich sein, das vorhandene Wissen unserer Beschäftigten weiter auszubauen. Vor nicht allzu langer Zeit hat auch die Bundespolizei die Lehrlingsausbildung als Zukunftsinvestition gesehen. Sie hatte ein vitales Interesse an der Ausbildung. – Das war und ist auch gut so!

Jeder, der ohne Ausbildung und Weiterqualifizierung bleibt, stellt eine Hypothek für die Zukunft dar. Wer sich nicht weiter qualifiziert hat, kann stärker von Zukunftsängsten betroffen sein; gerade in Zeiten wie der Neuorganisation der Bundespolizei.

In der Zeitschrift „Der Personalrat“ (Ausgabe 12/2006) hat Günter Wurster auf die Problemstellungen: „Lernen – lebensbegleitend und altersgerecht“ bzw. „Wie muss sich die dienstliche Fortbildung verändern?“ aufmerksam gemacht. Viele Facetten hat er dabei beleuchtet. U. a. auch, wie sich die Beschäftigten vor dem Hintergrund einer immer älter werdenden Belegschaft weiter qualifizieren müssen.

Von einem lebenslangen Lernen sind wir heute überzeugt. Infolge des Wandels der Berufswelt und der rasanten technologischen Entwicklungen, so Günter Wurster, bestimmt die Qualifizierung immer mehr unseren Alltag im Berufsleben.



Unser Bild zeigt (v. l. n. r.): Jürgen Mozarski und Sabine Peterlik aus unserem Aus- und Fortbildungszentrum in Neustrelitz, die beide sehr erfolgreich den Angestelltenlehrgang I bestanden haben, sowie den Autor dieses Berichts.

Foto: GdP

Für die Kolleginnen und Kollegen aus dem Bereich der Küche, aus den Kfz-Werkstätten, aus dem IuK- oder W/T/ABC-Bereich, aber auch für unsere Schreib- und Bürokräfte (– auch für die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen in den Geschäftsstellen der Interessenvertretungen der Bundespolizei –) besteht ein berechtigtes Interesse an einer Qualifizierung.

Aus eigener Erfahrung weiß ich, wovon ich rede. Auch mein beruflicher Alltag war immer wieder begleitet von Qualifizierungen in den unterschiedlichen Bereichen. Ob als Küchenbuchführer, als Sachbearbeiter „Innerer Dienst“ oder Ausbildungsbeauftragter und Ausbilder für Verwaltungsfachangestellte und Hauswirtschaftler, immer habe ich mit allen mir zur Verfügung stehenden Mitteln eine Qualifizierung eingefordert bzw. durchgeführt.

Als Personalratsvorsitzender und zugleich Sprecher der Tarifbeschäftigten war und ist es mir stets ein Bedürfnis, nicht nur junge Menschen aus- und fortzubilden, sondern auch die anderen Kolleginnen und Kollegen für eine Qualifizierung zu gewinnen und sie auf den Weg dorthin und während der Qualifizierung zu begleiten. Das ist mir in der Vergangenheit gut gelungen; – auch teilweise mit Unterstützung der Dienststelle.

So haben wieder zwei Kollegen eine Qualifizierung (eben auf der Grundlage des § 5 TVöD), nämlich den Angestelltenlehrgang I, erfolgreich absolviert. Im Monat Mai 2010 werden sich zwei weitere Kollegen – neben dem beruflichen All-



TARIFBEREICH

tag – einer Qualifizierung zum Angestelltenlehrgang I stellen und im September wird sich ein Kollege in allgemeinen Verwaltungsangelegenheiten qualifizieren können.

Es sollte und müsste im Interesse der Arbeitgeber liegen, uns Tarifbeschäftig-

ten eine Qualifizierung (Fort- und Weiterbildung) zukommen zu lassen. Arbeitgeber sollten deshalb Qualifizierungsangebote für den Bereich der Bundespolizei seitens der Bundespolizeiakademie, aber auch verstärkt von externen Bildungsträgern bereitstellen.

Aber auch wir Tarifbeschäftigten sollten uns nicht davor scheuen, unser erworbenes Wissen zu vertiefen und zu erweitern. Ich kann euch aus eigenem Erleben nur dazu ermuntern, eine Qualifizierung anzugehen.

Peter Ludwig

KG BUNDESPOLIZEIINSPEKTION KASSEL

Am 24. Februar 2010 lud die Kreisgruppe Bundespolizeiinspektion Kassel der Gewerkschaft der Polizei (GdP) zur Mitgliederversammlung ein. Der Vorsitzende der Kreisgruppe (KG) Reinhold Schuch (links – im Bild unten) konnte neben den KG-Mitgliedern auch den Vorsitzenden des GdP-Bezirks Bundespolizei Josef Scheuring (rechts – im Bild unten) auf das Herzlichste begrüßen.

Im Mittelpunkt der Mitgliederversammlung standen die Diskussion um die



Neuorganisation und eine zukunftsorientierte Aufstellung der neu gegründeten KG. Hierbei wurde neben der Organisation eines neuen Vertrauensleutekörpers auch eine eigene Frauengruppe gegründet. Als Vorsitzende wurde Nadine Stock (Bildmitte – im Bild rechts) und als Stellvertreterin die Kollegin Sandra Neudert (2. von rechts – im Bild rechts) gewählt.

Außerdem standen eine ganze Reihe von Ehrungen langjähriger Gewerkschaftsmitglieder auf dem Programm. Josef Scheuring und der KG-Vorsitzende konnten Harald Dippel (2. von rechts – im Bild links) für seine 40-jährige Mitgliedschaft und Herbert Niemeyer (2. von links – im Bild links) für sein 25-jähriges GdP-Jubiläum persönlich ehren und als Dank und Anerkennung die Jubiläumsurkunde, die Ehrennadel und ein kleines Präsent überreichen. Leider konnten die nachfolgend aufgeführten Kollegen, die langjährige GdP-Jubiläen begehen durften, aus unterschiedlichsten Gründen nicht an der Mitgliederversammlung teilnehmen, so dass der KG-Vorstand versuchen wird, die Urkunden den Jubilaren in den nächsten Tagen per-



sönlich auszuhändigen. Es handelt sich um unsere Kollegen Dieter Schlitt, Thomas Stopfer, Jörg Mohaupt und Reinhold Schwalb für 25 Jahre Mitgliedschaft in der GdP, um Horst Tschepa und Alfred Schrimpf für ihre 40-jährige Mitgliedschaft sowie um Johannes Wahler und Dieter Steinmüller für ihre 50-jährige Gewerkschaftsmitgliedschaft.

Bei allen Kollegen bedankt sich der KG-Vorstand nochmals für ihre gewerkschaftliche Treue. Diesem Dank schließt sich der Bezirksvorstand und das Redaktionsteam des Bezirksjournals ausdrücklich an.

Dirk Seim

GLÜCKWÜNSCHE ZUM 90. GEBURTSTAG

Unsere Kollegin Gertrud Fabry (Bildmitte) feierte am 25. März 2010 ihren 90. Geburtstag. Sie war als Reinigungskraft bei der Verwaltungsstelle Bonn der damaligen Grenzschutzverwaltung Mitte in Bonn-Duisdorf beschäftigt und ist seit Januar 1979 Mitglied der Gewerkschaft der Polizei (GdP).

Auch im Ruhestand wartet sie jeden Monat sehnsüchtig auf ihre Mitgliederzeitschrift „Deutsche Polizei“. Frau Gertrud Fabry wurde durch den Vorsitzenden der Kreisgruppe (KG) der Bundes-

polizeidirektion Sankt Augustin, Thomas Berzen (links im Bild), und durch die stellvertretende KG-Vorsitzende Waltraud Mandt (rechts im Bild) in ihrem Seniorenheim aufgesucht und mit einem Präsentkorb anlässlich ihres 90. Ehrentages überrascht. Die noch rüstige „ältere Dame“ freute sich sehr über den Besuch und war sehr interessiert an den Neuigkeiten in der Bundespolizei.

Der KG-Vorstand wünscht Frau Fabry weiterhin alles Gute, viel Gesundheit, vor allen Dingen viel Spaß beim Lesen „ihrer“ Zeitschrift „Deutsche Polizei“. Den Glückwünschen zum 90. Geburtstag und allen guten Wünschen



schließen sich auch der GdP-Bezirksvorstand und das Redaktionsteam des Bezirksjournals Bundespolizei auf diesem Weg ganz herzlich an.



Nichts ist gut am Controlling ...

Eine Systemkritik von Jörg Radek, stellvertretender Vorsitzender der Gewerkschaft der Polizei (GdP),
Bezirk Bundespolizei

Eine Vorbemerkung muss sein: Gewerkschafter und Personalräte sind keine Modernisierungsverweigerer. Diese Feststellung trifft auch auf die Beschäftigten in der Polizei zu. Unsere Kritik zielt auch nicht auf einzelne Personen. Unser Einsatz gilt den Strukturen, die unsere Kolleginnen und Kollegen zwingen, sich unflexibel und bürokratisch zu verhalten.

Ein Dickicht von Gesetzen, Verordnungen, Erlassen, Verfügungen und Rechtsprechung lassen nur wenig Spiel-



Kritikwürdig und oft der Wirklichkeit entrückt: Zielvereinbarungen in der Bundespolizei.

raum für kreative Entfaltung. Die hohe Regelungsdichte hat als Nebenwirkung nicht zwingend eine Rechtssicherheit zur Folge. – Vielmehr zwingt diese Struktur den Menschen nicht nachzuvollziehende Verhaltensnormen auf. Eine daraus hervorgehende „Mitzeichnungsflut“ sorgt auch nicht für eine Verbesserung der Situation, sondern trägt dazu bei, dass Verantwortung bis zur Unkenntlichkeit verschoben wird.

Umstände und Strukturen, die am treffendsten mit Schwerfälligkeit beschrieben werden müssen (obwohl keinem der Beteiligten der Einsatzwille abgesprochen werden darf), erschweren den beruflichen Alltag!

Eine „Schrittmacherrolle“ in Sachen Verwaltungsmodernisierung übernahm die „Kommunale Gemeinschaftsstelle“ (KGSt). Ziel ist es unter anderem, mehr Effizienz des Verwaltungshandelns zu erreichen. Ursprünglicher Ausgangspunkt der Diskussion war eine zunehmende Unzufriedenheit mit überkommenen Funktionsweisen und Ergebnissen der Kommunalverwaltung bei Bürgern, Politikern und auch bei den Mitarbeitern. Für die Bundespolizei und ihre Vorläuferorganisation gilt, dass die Absicht, also der Wille einer Modernisierung von Arbeitsprozessen, erst ernsthaft seit dem Jahre 1999 besteht.

Die anfängliche Euphorie, eine Chance zum Abbau von Bürokratie zu nutzen, ist gewichen: Durch Selbstaufschreibungsprozesse, Berichtswesen und Gremienarbeit wurde nämlich ein gigantischer Papiertiger erschaffen und fettgefüttert. – Der Modernisierungsapparat bindet indes nur Personal und Zeit!

Da sich die Mitarbeiter in der Polizei überaus stark über ihren Beruf definieren, darf es nicht verwundern, dass insgesamt der Anstieg an bürokratischen Tätigkeiten – bei gleichzeitig reduziertem Personal und gestiegener Arbeitsbelastung – beklagt wird.

So wurde eine fremdgesteuerte Polizei mit „Datenfriedhöfen“ geschaffen!

An dieser Stelle gilt, was für die privaten Haushalte bei der Abfallbeseitigung gilt: Mülltrennung ist gut und wichtig; – Müllvermeidung ist jedoch das Ziel!

Eine ausgeprägte „Modernisierungsbürokratie“ hat den Platz der althergebrachten eingenommen. Besser wurde dadurch nichts. Eine Ordnung muss so verfasst sein, dass die Menschen sich in ihr wohlfühlen.

Die Untersuchung der Fachhochschule Magdeburg, die nun aktuell Befindlichkeiten der Beschäftigten der Bundespolizei darstellt, belegt genau das Gegenteil. Unsere Organisation macht krank und „bindet“ ihre Mitarbeiter nicht. Die Arbeitsverdichtung hat krankheitsbedingte Folgen. Soweit zur Betroffenheit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. – Wenn es nicht eine Phrase ist, dass diese

die wertvollste Ressource darstellen und der Mensch im Mittelpunkt steht, muss hier unabdingbar angesetzt werden.

Professor Dr. Lange und die Forschungsgruppe „polikon“

untersuchten jedes einzelne Instrument der „Neuen Steuerungsmodelle“ auf Akzeptanz bei den Polizistinnen und Polizisten; unter anderem mit dem Resultat, dass z. B. Zielvereinbarungen noch eher angenommen wurden als z. B. das Controlling. Und auch dies ist ein Ergebnis der Wissenschaftler: Die Polizei eignet sich nicht als Feldversuch für die verschiedenen Managementkonzepte von „Balanced Scorecard“ bis „Total Quality Management“.

Innerhalb der bisherigen Reformprojekte, egal welchen Namen sie tragen, konnte bislang der Sinn des Ganzen nicht nachvollzogen werden. So urteilen die Beschäftigten z. B. über das Verfahren zur Beschreibung von „Produkten“: „Man gewann den Eindruck, dass man sich die Mühe umsonst gemacht hat, da das Ergebnis offensichtlich von vornherein festgestanden habe“. Über Controlling setzte sich bei den Beschäftigten der Eindruck fest, „dass man mit großem Aufwand Daten sammelt, die dann aber niemand wirklich benötigt, so dass das Sammeln von Daten mitunter zum Selbstzweck wird“.

Am Beispiel der Zielvereinbarungen wird die sich immer weiter entrückende und entfernende Polizeiführung besonders deutlich.

Die Art und Weise, Ziele zu vereinbaren, wird auf der Ebene der Polizeiführung häufig beklagt, letztendlich aber hingenommen. Bei den Beschäftigten der operativen Ebene stößt sie jedoch auf Kritik.

Niemand solle der Basis die Einsicht in Veränderungen ab-



STANDPUNKT

sprechen. Keine gute Note für das Akzeptanzmanagement!

Die Wissenschaftler stießen bei ihrer Untersuchung auf eine generelle Form der Ablehnung durch die Beschäftigten. Sie stellten fest, dass „bei solch ausgeprägten, durchgehenden vorhandenen Akzeptanzproblemen nicht von einzelnen Modernisierungsverweigerern gesprochen werden kann“. – So dokumentiert im Mai 2006.

Die Vorkämpfer und „Apostel“ der Verwaltungsmodernisierung innerhalb der Polizei hatten Kritik bislang damit abgetan, dass es den Beschäftigten an entsprechendem Kostenbewusstsein und Verständnis für die Rahmenbedingungen mangle.

Das Tagesgeschäft ist die reine Polizeiarbeit und so sollte es auch bleiben. Durch die vorgelegten wissenschaftlichen Erkenntnisse gewinnt diese Banalität ausdrücklich an Bedeutung: In welchem Maße nämlich die Polizei Personal und Ressourcen für Einsätze zur Verfügung stellt, kann sie nicht frei bestimmen. Auch dafür taugen die Zahlen, Daten, Fakten nicht. Kein politisch Verantwortlicher wird zur Rechtfertigung gegenüber dem Parlament oder der Öffentlichkeit Controllingdaten präsentieren. Weder bei Kontrolllücken, nach einem Brisanzspiel oder einem Staatsbesuch, bei dem der Einsatz verpatzt wurde.

Es bleibt immer wieder die Frage: Ist Controlling ein Instrument der Mangelverwaltung an der Schnittstelle zwischen Aufgabenbewältigung, Personalausstat-

tung und Organisationsentwicklung? Oder liefert es die Zahlen, Daten, Fakten für einen fortgesetzten Personal- und Stellenabbau? Selbst in der Kommentierung zur Polizeidienstvorschrift „Führung und Einsatz“ heißt es dazu: „Nunmehr wird überall in Deutschland von neuen Steuerungsmodellen gesprochen und die drängenden Finanzkrisen bestimmen das Reformtempo. Alle Modelle verfolgen zwar das Ziel zu sparen, aber der Weg dorthin führt in erster Linie über die Beseitigung der Ursachen für unwirtschaftliches Verwaltungshandeln.“

Es geht darum, die Qualität der Arbeit zu verbessern und nicht ausschließlich Kosten zu senken und Personal abzubauen.

Unsere Aufgabe wird es weiterhin sein, die „Modernisierungsrhetorik“ zu hinterfragen und auf ihren Gehalt zu überprüfen. Einer Rhetorik, die nur aus Sprüchen von Mark Twain oder Albert Einstein besteht, aber den Mitarbeitern keine Einsichten vermittelt, bleibt sinnentleert. Die Strategieentwicklung für die Polizei hängt von der Organisationsgewalt des verantwortlichen Innenministers ab. Er legt die politischen Schwerpunkte fest. Wir haben alle gemeinsam doch die Erfahrungen gemacht. Der Wegfall von Grenzkontrollen war die Preisgabe einer Fahndungslinie. So unterliegt die Verwaltung der parlamentarischen Steuerung. Ein Controlling-Regelkreis kommt bei diesem Wil-

Nicht zuletzt wegen der angesprochenen Thematik mit Spannung erwartet: unsere GdP-Mitarbeiterbefragung!



lensbildungsprozess und der Entscheidung nicht vor; auch nicht die aktuelle Überprüfung der Behördenlandschaft mit Sicherheitsaufgaben. Sie folgt eher der Vorstellung von Polizeiarbeit im Sinne von Herrn Werthebach, als dass sie letztendlich durch Kennzahlen gestützt ist.

Dem polizeilichen Controlling fehlt die Akzeptanz. Die unerklärte Arbeit und das mangelnde Berücksichtigen von menschlichen Organisationserfahrungen machen krank. Das Organisationsziel wird auch ohne Controlling erreicht. Weshalb verschwenden wir also Zeit?

Mag sein, dass das Modell einer bürokratisch-zentralistischen Steuerung nach dem Soziologen Max Weber nicht mehr zeitgemäß ist. Doch die dazu entwickelten Alternativen haben sich theoretisch zwar als idealtypisch, in der Praxis aber als nicht weniger bürokratisch erwiesen. Die Grundsätze einer sparsamen Haushaltsführung oder der Ökonomie der Kräfte sind nicht außer Kraft gesetzt. Es reicht! – Nichts ist gut am Controlling.

GdP STARK VERTRETEN

Am 24. Februar 2010 fanden an der Fachhochschule des Bundes die Senatswahl und die Wahl der Vertretung der Studierenden für den Fachbereich der Fachhochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung in Brühl und Lübeck statt.

Für den Bereich der Bundespolizei kandidierten für den Senat Philipp Stock und Wolfgang Stolz. Für den Fachbereich stellten sich u. a. Mario Riedel und Gerhardt Weitkunat zur Wahl.

Gemeinsam wurde unter dem Slogan „Gib dir eine Stimme!“ für folgende Ziele geworben: – ständiges Feedback zwischen Studierenden, Lehrenden und der Bundespolizeiakademie, – Einsatz für die

Gewährleistung angemessener Studienbedingungen, – Erweiterung der Praxisorientierung des Curriculums sowie – Herstellung und Ausbau der Kontaktmöglichkeiten zwischen den Aus- und Fortbildungszentren (AFZ).

Für den Senat wurde Philipp Stock (2. von rechts) und als Stellvertreter Wolfgang Stolz (AFZ Oerlenbach, rechts im Bild) gewählt. Die Wahl der Vertretung der Studierenden im Fachbereich gewannen Mario Riedel (AFZ Neustrelitz, links im Bild) und Gerhardt Weitkunat (AFZ Walsrode, Außenstelle Uelzen).

Somit sind mit Wolfgang Stolz, Mario Riedel und Gerhardt Weitkunat (2. von links – alle Genannten sind Angehörige des 66. Studienjahrgang) drei Mitglieder der Gewerkschaft der Polizei (GdP) in den Gremien der Fachhochschule des



Bundes für öffentliche Verwaltung für die Studierenden der Bundespolizei vertreten und freuen sich auf ihre zukünftige Arbeit. Der Vorstand des Bezirks Bundespolizei der GdP sowie das Redaktionsteam des Bezirksjournals Bundespolizei gratulieren den Kollegen zu dieser Wahl und wünschen ihnen alles erdenklich Gute für ihre neue Aufgabe.



Dienstunfallereignis Zeckenbiss

Das Bundesverwaltungsgericht (2 C 81.08) hat am 25. Februar 2010 entschieden, dass ein Zeckenbiss und eine darauf zurückzuführende Borrelioseinfektion ausnahmsweise als Dienstunfall anerkannt werden kann. Voraussetzung ist danach, dass Tag und Ort des Zeckenbisses hinreichend genau festgestellt werden können. Außerdem muss sich die Beamtin oder der Beamte in Ausübung des Dienstes infiziert haben.

Einer ablehnenden Haltung, wonach sich mit dem Zeckenbiss lediglich ein allgemeines Risiko verwirklichte, dem der spezifische Zusammenhang zum Dienst fehle, erteilt das Bundesverwaltungsgericht eine eindeutige und klare Absage.

Entscheidend sei vielmehr, dass das Datum und der Ort des Zeckenbisses hinreichend bestimmt seien, wodurch die Anforderungen der gesetzlichen Regelung erfüllt würden, die sicherstellen sollten, dass über die Zurechnung eines Ereignisses zum dienstlichen oder persönlichen Bereich einer Beamtin oder eines Beamten eindeutig entschieden werden könne.

Mein Rat für Vollzugsbedienstete:

Wer sich aus dienstlichen Gründen im natürlichen Lebensraum von Zecken

aufhält und gebissen wird, sollte diesen Umstand festhalten (z. B. durch einen Aktenvermerk, der von den Dienst mitverrichtenden Kolleginnen oder Kollegen mitunterschrieben wird, ärztliches Zeugnis über die Entfernung der Zecke mit Datumsangabe), damit eine später manifestierte Infektion ärztlicherseits und dann auch dienstunfallfürsorge-rechtlich auf das schädigende Ereignis zurückgeführt werden kann.

Angesichts der Praxis der Dienstunfallfürsorgestellen, die Schädigungsfolgen allzu gerne vermeintlichen oder tatsächlichen Vorerkrankungen zuzurechnen versuchen, sollte sich deshalb meines Erachtens jede/r Vollzugsbedienstete, die oder der sich häufig dienstlich im Lebensraum von Zecken aufhält, regelmäßig – auch wenn kein konkreter ärztlicher Verdacht vorliegt – labormedizinisch – z. B. im Rahmen eines ohnehin geplanten Gesundheitschecks – auf das Vorliegen einer akuten Borrelioseinfektion untersuchen lassen.

Denn zum Ersten kann damit das Risiko des behördlichen Einwandes mangelnder Kausalität zwischen Zeckenbiss im Dienst und Borrelioseinfektion minimiert werden. Und zum Zweiten und noch viel entscheidender können die (Spät-)Folgen eines Zeckenbisses erheblich sein. Im Stadium II, das zwar nicht eintreten muss, aber immerhin eintreten kann, zeigen sich brennende Nervenschmerzen, Lähmungen und Gefühlsstörungen, Lymphknoten schwellen an, auch Herzmuskel- oder Herzbeutelent-

zündungen und Hauttumore an Ohrläppchen, Brustwarzen oder Scrotum können die Folgen sein.

Mit einer evtl. Spätmanifestation (Stadium III) kann sich ein chronisches Stadium mit Lyme-Arthritis, Acrodermatitis chronica atrophicans Herxheimer und selten sogar mit einer Gehirnentzündung ausbilden.

Da es bisher in Europa keine Impfung gegen Borreliose gibt, ist besondere Vorsicht geboten!

Das bedeutet, dass sich auch dann langärmelige Diensthemden anbieten, wenn die Witterung eigentlich ein kurzes Hemd nahelegen würde. Verwenden Sie Insektenabwehrmittel (Repellents). Sie schützen in gewissem Umfang auch vor Zecken. Aber nach ca. zwei Stunden lässt ihre Wirkung nach. Suchen Sie nach dienstlichen Aufenthalten im Lebensraum von Zecken ihren Körper sorgfältig nach Zecken ab. Entfernen Sie jede Zecke möglichst sofort (bzw. lassen Sie sie ärztlich entfernen) und desinfizieren Sie die Wunde sorgfältig. Die Zecke muss ohne Drehbewegung aus der Haut gezogen werden. Am besten funktioniert dies mit einer Zeckenzange oder einer Zeckenkarte. (Zer-)Quetschen Sie die Zecke nicht, da anderenfalls borrelienhaltiger Speichel in die Haut eindringen kann. *Toi, toi, toi!*

BJF

VORSICHT GLOSSE – NEUES VON POM FRITZ

Dass ich in naher Zukunft nicht befördert werde, kann ich mir nunmehr gut vorstellen. Der Bundesfinanzminister, der ja früher Innenminister war, sagte nämlich zum Haushalt 2011: „Die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes erwarten ganz zu Recht, dass wir mit den Steuergeldern sparsam und verantwortungsbewusst umgehen!“ Und da wäre es ja verrückt zu glauben, dass ich mir in diesem oder im nächsten Jahr

Hoffnung auf eine Beförderung machen könnte.

Neulich habe ich Fernsehen geguckt und da war eine Werbung von der Sparkasse. Das ist die Werbung, bei der ein Vorstand um einen Konferenztisch herumsitzt und der Vorsitzende bittet um Verbesserungsvorschläge. Ein Mann sagt: „Kaufen wir doch Fähnchen und verteilen die.“ Der Vorsitzende: „Weitere Vorschläge!“ Dann steht eine Frau auf und sagt: „Machen wir es doch wie die Sparkasse.“ Frage des Vorsitzenden: „Und was machen die?“ Die Frau: „Die haben 10 000 Filialen, gute Kundenbe-

treuung und, und, und ...“ Darauf fällt der Vorsitzende ihr mit einer Frage nach den Kosten ins Wort und sagt dann letztendlich: „Okay, wir machen das mit den Fähnchen!“ und alle Anwesenden bis auf die Frau klopfen zustimmend auf den Tisch und die Konferenz ist beendet.

So stelle ich mir das manchmal auch in unserer Bundespolizei vor, wobei ich da sicherlich falsch liege: Da sitzen alle Oberen um einen Tisch und beraten die Neuorganisation. Der Vorsitzende bittet um Vorschläge: Einer sagt: „Wir könnten Fähnchen verteilen!“ und eine Frau sagt: „Wir könnten es auch so machen, wie ...“ – jetzt fällt mir doch gerade keine Organi-



VORSICHT GLOSSE – NEUES VON POM FRITZ

sation ein – „...die haben einen funktionierenden Digitalfunk, die Mitarbeiterzufriedenheit ist hoch, die Beihilfe klappt, CITRIX wurde bei denen schon lange wieder abgeschafft, in den Filialen, ich meine natürlich Inspektionen, sind al-

le Stellen besetzt und es fehlen keine 1800 Kolleginnen und Kollegen.“ „Stopp!“, sagte dann der Vorsitzende: „Wir machen das mit den Fähnchen!“ und dann klopfen alle zustimmend auf den Tisch.

Aber das ist sicherlich bei uns ganz anders. Nur als ich dann den Bericht für den Innenausschuss des Deutschen Bundestages zur Neuorganisation der Bundespolizei zum 1. März lese, dann könnte das doch so sein ...

VL-TAGUNG UND EHRUNGEN

Im Rahmen einer Tagung der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Direktionsgruppe (DG) Koblenz, am 11. März 2010 im Naturfreundehaus Rahnenhof führte die Kreisgruppe (KG) Kaiserslautern auch ihre Mitgliederehrungen durch.

Zusammen mit dem Vorsitzenden des GdP-Bezirks Bundespolizei, Josef Scheuring, und dem Vorsitzenden der DG Koblenz, Roland Voss, ehrte der Vorsitzende der KG Kaiserslautern, Uwe Kolweyh, unsere Kollegen Dirk Bambach, Frank Schneider, Siegfried Recker sowie Christian Bubel zu ihrem 25-jährigen Gewerkschaftsjubiläum, Kurt Müller zum 40-jährigen Gewerkschaftsjubiläum sowie Hans Bader und Walter Schneider zum 50-jährigen Gewerkschaftsjubiläum.

Für die Schulung unserer anwesenden Vertrauensleute entsandte der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) einen Referenten zum Thema:

„Gewerkschaftlicher Rechtsschutz“.

Darüber hinaus informierte Josef Scheuring über den aktuellen Sachstand der Bundespolizeireform. Ebenso konnten sich die Anwesenden über die Ausführungen von Roland Voss als Referenten freuen. Damit konnten unsere Vertrauensleute sich während der Gewerkschaftstagung über die Grundlagen unserer Gewerkschaftsarbeit sowie über die Informationswege und Möglichkeiten einer optimalen gewerkschaftlichen Vernetzung innerhalb der Kreisgruppe bzw. Direktionsgruppe informieren.

Eine Erörterung zu den vorhandenen dringlichen Problemfeldern und die Vereinbarung von Zielsetzungen für die zu-



künftige Gewerkschaftsarbeit innerhalb der KG Kaiserslautern sowie der DG Koblenz rundeten eine überaus gelungene Veranstaltung ab.

Unser Bild zeigt die Geehrten im Kreise der GdP-Vorsitzenden (v. l. n. r.): Siegfried Recker, Uwe Kolweyh, Roland Voss, Josef Scheuring, Kurt Müller, Hans Bader, Walter Schneider, Dirk Bambach, Frank Schneider sowie Christian Bubel.

Lutz Tasch, stellvertr. Vorsitzender der KG Kaiserslautern

VERABSCHIEDUNG

In einer kleinen Feierstunde wurde Berndt Baum aus der Direktionsgruppe (DG) Bundesbereitschaftspolizei der Gewerkschaft der Polizei (GdP) in den Ruhestand verabschiedet. In seiner Laudatio würdigte der DG-Vorsitzende Heinz Selzner das fast 30-jährige große gewerkschaftliche und personalrätliche Engagement Berndt Baums.

Vom stellvertretenden Vorsitzenden des Hauptpersonalrates und Sprecher der Angestellten über den Sprecher der Beschäftigten und stellvertretenden Vorsitzenden im Übergangspersonalrat (ÜPR) der Direktion Bundesbereitschaftspolizei (dem größten Personalrat aller Zeiten mit 115 Mitgliedern) bis hin zum stellvertretenden Vorsitzenden des Gesamtpersonalrates (GdP) hatte Berndt Baum viele Funktionen inne und erfüllte diese stets im Sinne der Mitarbei-

terinnen und Mitarbeiter sowie der gewerkschaftlichen Aufstellung und Philosophie. Auch in seiner Tätigkeit für die Polizeistiftung hat Berndt Baum immer das Wohl seiner Mitmenschen im Auge. Dies will er auch im

Ruhestand weiter pflegen. Neben sozialen Projekten, denen er sich widmen möchte, freut er sich auf seine Hobbys: der Musik, dem Laufen und dem Reisen, die in Zukunft etwas mehr Platz in seinem Leben finden sollen. Um dies zu unterstützen, bekam er von den Kolleginnen und Kollegen einen Gutschein für ein Paar Laufschuhe, eine GdP-Jacke sowie einen Bildband über die turbulenten Jahre im ÜPR und GPR. Die GdP-DG Bundesbereitschaftspolizei wünscht



Berndt Baum für seinen Ruhestand weiterhin viel Elan und vor allem Gesundheit, um seine Ziele zu verwirklichen. Diesen guten Wünschen schließen sich der GdP-Bezirksvorstand und das Redaktionsteam des Bezirksjournal ganz herzlich an.

Unser Bild zeigt (v. l. n. r.) den GdP-Vorsitzenden Wolfgang Gieck, Berndt Baums Nachfolgerin Andrea Wagener, Berndt Baum und DG-Vorsitzenden Heinz Selzner.



GEEHRT

Stellvertre-
tend für die
Kreisgruppe
(KG) Bundes-
polizei Bre-
men der Ge-
werkschaft
der Polizei
(GdP) über-
reichte Fritz

Müller (links) unserem Jubilar Friedrich (Fred) Huntemann (rechts) als Dank für 60 Jahre gewerkschaftliche Mitgliedschaft ein Präsent und eine Urkunde.

Bereits mit 15 Lebensjahren trat Fred in das Berufsleben und zeitgleich in eine Gewerkschaft ein. Nach der Ausbildung bei der Eisenbahn und nach langjähriger Verwendung (seit 1959) im Bereich der Bahnpolizei kam Fred schließlich mit Übertragung der bahnpolizeilichen Aufgaben zum damaligen Bundesgrenzschutz (BGS) und somit auch zur Gewerkschaft der Polizei. In seinem letzten beruflichen Tätigkeitsfeld verrichtete er seinen Dienst als Wachhabender (heute: Dienstgruppenleiter) bei der Bundespolizeiinspektion (BPOLI) Bremen. Seit 1994 genießt er den wohlverdienten Pensionärsruhestand. Gleichwohl ist er immer noch Mitglied unserer Gewerkschaft

und beobachtet interessiert, wie es mit der Bundespolizei und unserer GdP weitergeht.

In seinem Berufsleben und auch als Pensionär hat er immer wieder festgestellt, wie wichtig doch diese Gewerkschaft der Polizei für ihn ist; – deshalb ist er ihr auch verbunden geblieben. Fred ist ein sehr aktiver Ruheständler. So hat er bis vor kurzem die Geschicke des Schützenvereins seiner Heimatgemeinde und des dortigen Sportrings geleitet. Fred erfreut sich einer guten Gesundheit und verweist immer wieder gerne an die Ostsee.

Fritz Müller

Durch den Vorsitzenden der Kreisgruppe (KG) Waidhaus der Gewerkschaft der Polizei, Siegfried



Walczok (Bildmitte), wurden die beiden GdP-Mitglieder Richard Seidl (rechts im Bild) und Siegfried Fischer (links im Bild) für ihre langjährigen Mitgliedschaften in der GdP geehrt.

Als Anerkennung wurden ihnen aus diesem Anlass Urkunden und je ein Präsent übergeben. Der Vorsitzende bedankte sich ausdrücklich für die langjährige Treue zur Gewerkschaft der Polizei (GdP) und übermittelte auch die besten

Glückwünsche des Bundes- sowie des Bezirksvorstandes Bundespolizei der GdP. Beide Kollegen sind Angehörige der Bundespolizeiinspektion Waidhaus und leisten Dienst im Revier Bärnau. Richard Seidl nimmt dort die Aufgaben des Leiters der „Zentralen Bearbeitungsstelle für Fahrgelddelikte (ZBFD)“ wahr; Siegfried Fischer ist in Bärnau als Kontroll- und Streifenbeamter tätig.

Der Vorstand der KG Waidhaus wünscht beiden Mitgliedern für ihren beruflichen Werdegang weiterhin viel Erfolg.
Siegfried Walczok

Mit Karl-Heinz Till (2. von links im Bild unten) – für 50 Jahre – und Helmut Mezger (rechts im Bild rechts) – für 40 Jahre – wurden zwei langjährige Mitglieder der Gewerkschaft der Polizei (GdP) in den letzten Wochen in Baden-Württemberg geehrt.

Karl-Heinz Till – eine schillernde Figur aus Blaustein bei Ulm – blickt auf ein langes Engagement für die polizeiliche Sache zurück. 20 Jahre war er für den DGB in Ulm tätig. Besonders in der Jugendarbeit setzte er hierbei Akzente. Später als Fachgruppenleiter in der Fach-



gruppe 14 zu Bahnzeiten. Neben seiner aktiven Gewerkschaftsarbeit liegt ihm die IPA richtig am Herzen. Bereits 1998 widmete ihm unsere Mitgliederzeitschrift einen Artikel, als er den „Prix de l’Amitié“ (den höchsten französischen Freundschaftspreis) erhielt. Auch nach Griechenland und Monaco unterhält er sehr gute Kontakte. Hinter all dem steht seine Ehefrau Adelheid, mit der er im Juni sein 40-jähriges Ehejubiläum feiern möchte. Bei der Ehrung war ihm besonders wichtig, dass alte „Weggefährten“ mit anwesend waren.

Helmut Mezger ist noch im aktiven Dienst tätig und es handelt sich bei dem stellvertretenden Inspektionsleiter um einen „Einsatzmenschen“, der seinesgleichen sucht. Weit über die Grenzen Baden-Württembergs hinaus bekannt, gibt es viele Aussagen von Polizisten, die mit ihm überall hingehen würden. Immer als Erster vorneweg schreitet er mit vorbildlichem Charakter voran. Dass bei ihm das Menschliche parallel neben dem Dienstlichen steht, macht ihn gerade in der heutigen Zeit sehr sympathisch.



Den beiden Jubilaren wünscht die Direktionsgruppe (DG) GdP in Baden-Württemberg alles Gute und weiterhin viel Gesundheit und Gottes Segen.

Berthold Hauser

Dem Dank an alle geehrten Kollegen für ihre gewerkschaftliche Treue – verbunden mit allen guten Wünschen für die Zukunft – schließen sich auf diesem Weg auch der Vorstand des GdP-Bezirks Bundespolizei sowie das Redaktionsteam des Bezirksjournals ganz herzlich an.

